

Volksbewegung für Wiedervereinigung

Das Vermächtnis des 17. Juni muß erfüllt werden

Bad Neuenahr (Eigenbericht). Mit dem Willen, als Deutsche selbst alles an die Wiedergewinnung der Einheit zu setzen, damit uns auch die Welt zu ihr ver helfe, wurde, kurz vor dem Jahrestag des 17. Juni, in Bad Neuenahr mit dem Namen „Unteilbares Deutschland“ die „Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ ins Leben gerufen. An der Spitze derer, die diese Gründung vorbereitet haben, stehen bekannte Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens: Thomas Dehler, Walter Freitag, Jakob Kaiser, Erich Ollenhauer und Friedrich Spennrath. Mit ihnen haben sich 126 Persönlichkeiten aus allen Parteien, Verbänden, Schichten und insbesondere auch aus dem geistigen Leben im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ zu der Aufgabe zusammengeschlossen, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Bevölkerungskreisen zu stärken.

Bundespräsident Heuss, der dieser Bewegung den Namen gab, und Bundeskanzler Adenauer haben die Gründung mit herzlichen Worten begrüßt. Die Gründungsversammlung ergab die volle Übereinstimmung aller Beteiligten in dem Willen und in der Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern. Die erste Arbeitstagung des Kuratoriums wird in Kürze in Berlin stattfinden.

Die einleitenden Worte in der Gründungsversammlung sprach Jakob Kaiser. In der Volksbewegung hätten sich zum erstenmal seit langen Jahren alle Richtungen und Kreise des deutschen Volkes zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Aufgabe der Volksbewegung sei es, die gesamte Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt über die rechtliche, moralische und materielle Unmöglichkeit der Teilung Deutschlands noch mehr als bisher aufzuklären.

Es gelte, die Kenntnis der Probleme der Wiedervereinigung zu erwerben, das Verantwortungsbewußtsein für die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang in jedem Deutschen zu festigen und die Hilfsberei-

tschaft sowie den Zusammenhalt mit den Menschen der Sowjetzone zu vertiefen. Vor allem gehe es darum, die deutsche Jugend diesseits und jenseits der Zonengrenze mehr als bisher zu-

Aufruf an alle Deutschen

Das Kuratorium des „Unteilbaren Deutschland, Volksbewegung für die Wiedervereinigung“, hat einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche müssen unter einem Regime des Zwanges und des Unrechtes leben.

Mitten durch unser Land geht die Front des Kalten Krieges. Das ist keine Grundlage für Sicherheit und Wohlstand. Will man wirklich Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa, so muß Deutschland als Ganzes in Freiheit wiederhergestellt werden.

Jeder Deutsche muß vertraut werden mit den Problemen und Verpflichtungen, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben.

sammenzubringen und die Verbundenheit mit dem deutschen Land jenseits der Oder-Neiße wachzuhalten.

Im Namen der SPD forderte auch Erich Ollenhauer, daß für die deutsche Wiedervereinigung jede nur mögliche Anstrengung unternommen werde. „Die vier Besatzungsmächte haben die Verpflichtung übernommen, für die Einheit Deutschlands zu wirken“, sagte er. „Sie werden diese Verpflichtung um so zwingender empfinden, wenn der Wille des deutschen Volkes in allen seinen Teilen immer von neuem eindeutig und nachdrücklich sichtbar wird.“

Das Verantwortungsbewußtsein für die 18 Millionen jenseits der Elbe-Werra-Fulda muß zum lebendigen Besitz eines jeden einzelnen Deutschen werden.

Der menschliche und geistige Zusammenhalt zwischen allen Teilen unseres zerrissenen Landes muß gewahrt und gefestigt werden.

Aktive Hilfsbereitschaft eines jeden einzelnen, jeder deutschen Familie, jeder deutschen Organisation für die Bevölkerung der Sowjetzone und Berlin muß vertieft werden.

Dem deutschen Volk und der Welt muß klarwerden: Die Teilung Deutschlands bedeutet ständige Gefährdung und Unsicherheit.

Die deutsche Wiedervereinigung bedeutet Stärkung der Sicherheit und des Wohlstandes in Deutschland und Europa.

Schöpferische Unruhe

DT Wenn das Werk selbst so gut gedeiht wie sein Start eindrucksvoll war, dann hat mit der Gründung des „Unteilbaren Deutschland“, der Volksbewegung für die Wiedervereinigung, ein sehr verdienstvolles Unternehmen begonnen. Zu dieser Erwartung berechtigt vor allem der Umstand, daß sich, was Jakob Kaiser vor dem Kuratorium der neuen Volksbewegung mit Recht hervorhob, in ihr zum ersten Male seit langen Jahren Persönlichkeiten aus allen Parteien, aus dem Kultur- und Geistesleben, aus den großen wirtschaftlichen und sozialen Verbänden, Persönlichkeiten also aus allen Schichten unseres Volkes zu gemeinsamer Aktion zusammengeschlossen haben. Sie haben sich zusammengeschlossen, nicht um über das vitalste Problem deutscher und europäischer Politik zu philosophieren oder zu lamentieren, sondern um zu handeln.

Am Status quo rütteln!

Die Bewegung „Unteilbares Deutschland“ kann und will das deutsche Problem selbstverständlich nicht lösen; sie kann und will überhaupt nicht „Politik“ machen. Aber sie kann und will und muß, wenn sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden soll, die Menschen wach halten für das schreiende Unrecht der Spaltung Deutschlands und sie wach machen für die natürliche Lösung dieses Problems. Sie soll — das jedenfalls ist unser Wunsch — kräftig an dem „Status quo“ rütteln, damit er sich nicht weiter verhärtet. Sie soll Unruhe schaffen — jene schöpferische Unruhe, die täglich zum Nachdenken zwingt: in Deutschland und auch sonst in der Welt. Unruhe nämlich ist hier Leben, Ruhe ist Tod.

Es genügt schon längst nicht mehr, dem Problem der deutschen Wiedervereinigung nur sentimentale Betrachtungen zu widmen. Vielmehr ist es notwendig geworden, dieses Ziel zur täglich aktuellen, alle Deutschen bewegenden Forderung zu machen und im Sinne dieser

Forderung auch zu handeln. Nur so wird die Gefahr vermieden, daß die Spaltung Deutschlands schließlich als ein fataler Zustand hingenommen und nicht als schreiender Notstand empfunden wird, dessen Beseitigung die oberste Pflicht deutscher und internationaler Politik ist. Es gilt, eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht mehr in gefährlicher Verwandtschaft zur Resignation nur von klagendem Gedenken, sondern von dem wuchtigen Willen zum Vollzug einer Notwendigkeit erfüllt ist. Diesen Sinn gab der Volksbewegung „Unteilbares Deutschland“ in der Gründerversammlung mit dem visionären Schwung des Dichters vor allem Stefan Andres. Denen, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands wie vor einer Unmöglichkeit stehen, hielt er entgegen, daß es eine Macht gebe, die stärker sei als das Unmögliche: das Notwendige. Die Not-

wendigkeit sei eine Göttin, der alle anderen Götter zu gehorchen hätten. Diese Notwendigkeit habe auch das „Unteilbare Deutschland“ ins Leben gerufen, und sie fordere, daß bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch die Stimme des deutschen Volkes sich erheben müsse.

Darauf kommt es in der Tat an. Es genügt also nicht, dem „Unteilbaren Deutschland“ gute Wünsche mit auf den Weg zu geben, sondern es ist notwendig, diese Bewegung mit Herz und Hand zu unterstützen. Nur dann kann sie ein Stück deutschen Lebens, eine echte Volksbewegung werden und ihre wichtige Aufgabe erfüllen. Wir wünschen, daß das gelingt. Dann wird dem Neuen, das heute begonnen wurde, nicht nur das Verdienst guten Willens, sondern auch der Erfolg einer großen Leistung und Wirkung zu fallen.

Das ganze Volk will es!

Bad Neuenahr (Eigenmeldung). Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer haben an das Kuratorium des „Unteilbaren Deutschland, Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ Grußadressen gerichtet, in denen sie betonen, daß die Wiedervereinigung das zentrale Anliegen der deutschen Politik sein müsse.

Entschieden wird in dem Schreiben des Bundespräsidenten die mitunter im Ausland vertretene Ansicht zurückgewiesen, daß die Deutschen sich mit ihrem Schicksal der Trennung abgefunden hätten. Es scheint manchmal, als ob solches Gerede das eigene innere Unbehagen über die historischen Fehlentscheidungen von Jalta und Potsdam übertönen solle. „Bei den politischen Führungskräften, in den Regierungen und in Parteien, liegt die Aufgabe, der Welt deutlich zu machen, daß es sich in der Wiedervereinigung nicht bloß um ein historisch begründetes und praktisch gefordertes Anliegen des deutschen Volkes handelt, sondern um die schier zentrale Voraussetzung, daß das schmerzhaft gestörte Nebeneinander der Völker in einem ‚Miteinander‘ sich entkrampft. Bei dem einzelnen aber, bei den Gruppen der verschiedensten

sozialen Struktur ist das tägliche Seelisch - lebendig - Halten des deutschen Gemeinsschafts, der gleichen kulturell-schöpferischen Kräfte eine letzte Verantwortung und Gewissenspflicht. Es wird und muß gelingen, diesen Empfindungen einen festen und bindenden Ausdruck zu schaffen. Das ganze Volk will es!“

Dr. Adenauer bezeichnet in seinem Schreiben die Wiedervereinigung als die vornehmste Aufgabe jeder deutschen Regierung. Vor allem aber müsse die staatliche Einheit auch ein Anliegen des gesamten deutschen Volkes und jedes einzelnen Bürgers sein:

„Dieser Gedanke ist in der Sowjetzone gerade wegen der dort herrschenden Unfreiheit und Unterdrückung besonders lebendig. Die Deutschen dort drüben haben ihm am 17. Juni 1953 offen Ausdruck gegeben. Die Lehre dieses Tages, dessen Gedenken wir jetzt wieder feiern werden, hat zu unserem schmerzlichen Bedauern den Ausgang der Berliner Konferenz nicht zu beeinflussen vermocht. Trotzdem haben wir alle die Gewißheit, daß die Wiedervereinigung kommen wird, wenn wir uns beharrlich und einträchtig darum bemühen.“

Eine Revolution ohne Beispiel

Vor einem Jahr: Das SED-Regime am Rande des Abgrundes

Was am 17. Juni vor einem Jahr geschah, steht in der Geschichte der Revolutionen und des Kommunismus ohne Beispiel da. Keine große revolutionäre Erhebung in der neueren Zeit ist weniger vorbereitet und organisiert worden, noch nie ist im roten Machtbereich ein ganzes Volk gegen das totalitäre Regime aufgestanden. Und noch nie wurden die angeblich zum Schutze der Arbeiter vorhandenen militärischen Organe so offen vor aller Welt und so umfassend gegen die Arbeiter eingesetzt. Die „Volksführer“ mußten sich gegen das Volk verteidigen — das ist der tiefere Sinn des 17. Juni. Damit ist die Entwicklung des Kommunismus als politische Heilsidee abgeschlossen, eine Entwicklung, die mit einer Illusion begann und beim praktischen Widersinn endete.

„Die Arbeiter sind zwar geschlagen, aber sie sind nicht besiegt. Besiegt sind ganz andere, das wird die Geschichte lehren.“

Aus einem Kommentar zu den Pariser Juni-Kämpfen stammen diese Worte, der Kommentator hieß — Karl Marx. Aber sie können sehr wohl als Motto über dem Kapitel stehen, das unter dem Datum des 17. Juni in die deutsche Geschichte eingegangen ist. Am Abend dieses Tages waren die Arbeiter geschlagen. Ostberlin, das Zentrum des Aufstandes, glich einer Gespensterstadt — nur der Tritt sowjetischer Militärfürstiele hallte über das Pflaster der ausgestorbenen Straßen — und ähnlich war es in den meisten Städten der Zone.

Besiegt aber war die Pankower Regierung, deren letzten Nimbus die geschlagenen Arbeiter endgültig zerstört hatten. Sie, die schon so oft marschieren mußten, unter roten Fahnen und den Pappköpfen der „geliebten Führer“, hatten zum ersten Male wirklich spontan Tritt gefaßt. Den harten, entschlossenen Tritt der Arbeiter, die genug hatten von Zwang, Ausbeutung und Drangsaliierung.

Es begann in der Stalinallee

Schon monatelang hatte es in den Betrieben gegärt. Angesichts der schweren Krise beschloß die SED den „neuen Kurs“. In diesem Moment erschien in der FDGB-Zeitung „Tribüne“ ein Artikel, in dem kategorisch festgestellt wurde, daß es bei der generellen Normerhöhung um 10 Prozent bleiben werde. Das war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringen sollte.

Es begann in der Stalinallee. Am 16. Juni beschlossen die Bauarbeiter Streik. Tausende schlossen sich ihnen an und demonstrierten vor dem Sitz der Pankower Regierung. Schnell war der erste Sieg errungen, die Normerhöhung wurde rückgängig gemacht. Aber es ging längst nicht mehr allein um die Lohntüte. „Wir fordern freie Wahlen“ hieß die Forderung, und jeder nahm die Parole mit: „Und morgen Generalstreik!“

Was niemand für möglich gehalten hätte, wurde Wirklichkeit. Am Morgen des 17. Juni brach der Sturm los. Während die Sowjets unaufhörlich Truppen und Panzer nach Berlin warfen, setzten sich aus allen Teilen der Stadt die Kolonnen der Arbeiter in Bewegung. Vöpo-Sperrketten wurden durchbrochen, rote Transparente gingen in Flammen auf, unter kräftigen Arbeiterfäusten zerbrachen die Sektorengrenzschilder, die rote Fahne, das Symbol der Unterdrückung, wurde vom Brandenburger Tor geholt und zerrissen. 27 Kilometer marschierten bei strömendem Regen die Hennigsdorfer Stahlwerker bis zum Berliner Stadtzentrum, und unter ihren Füßen wurde die moralische Macht des Ulbricht-Regimes zertreten.

Es wird ihnen nichts nützen. Die ganze Welt war Zeuge davon, wie die Arbeiter Mitteldeutsche Geschichte gemacht haben. Mit Berlin und der Bundesrepublik gedenkte in diesen Tagen die freien Völker der Volkserhebung vom 17. Juni und ihrer Märtyrer. Mit aller Entschlossenheit ruft das freie Deutschland den Menschen in der Sowjetzone zu, daß alle friedlichen Mittel eingesetzt werden, um den Schwur zu erfüllen, den Bundeskanzler Adenauer an der Bahre der Berliner Juni-Opfer für das gesamte deutsche Volk leistete: Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit!

Erst allmählich wurde das Unfaßbare bekannt: das Feuer der Freiheit hat auf die gesamte Zone übergreifen. In fast 250 Städten und Orten Mitteldeutschlands, in allen Großbetrieben von den Leuna-Werken bis zur Warnow-Werft herrschte offener Aufruhr. Das Stichwort ist gefallen, die Herzen schließen sich in einem nationalen Willen zusammen. Noch nie wurde das Deutschlandlied so ergreifend gesungen wie am 17. Juni vor dem Völkerschichtdenkmal in Leipzig und bei der Begrüßung des Interzonenzuges auf dem Magdeburger Hauptbahnhof.

Einen Tag lang herrschte in der Zone wirklich das Volk. Da befahlen die Sowjets den Ausnahmezustand. MP-Salven peitschten in die Menge, Panzer zermalmten deutsche Arbeiter.

Pankows Rache

Die Pankower Machthaber, gestützt auf sowjetische Bajonette, konnten eine grausame Rache vorbereiten. Die Zahl der Hingerichteten ist heute noch nicht genau bekannt. Auch Volkspolizisten befanden sich unter ihnen, weil sie sich geweigert hatten, auf Arbeiter zu schießen. 562 verurteilte Demonstranten sind in Westberlin registriert, fünf erhielten lebenslänglich, die übrigen insgesamt 2004 Jahre Zuchthaus. Das letzte Urteil fällt am 14. Juni das Oberste Sowjetzonengericht gegen vier Westberliner, die als Rädelführer des Aufstandes hingestellt wurden. Kurz vor dem Jahrestag des 17. Juni versuchten die Machthaber verstärkt, die Revolution zum „Werk westlicher Provokateure“ zu stempeln.

Gedenken an 17. Juni in den USA

Tag der Freiheit in New Hampshire – Denkmal angeregt

Berlin (im Staat New Hampshire, USA) (Eigenmeldung). Auf Veranlassung des Gouverneurs des amerikanischen Bundesstaates New Hampshire (Atlantikküste), Hugh Gregg, wird dort ein Denkmal zu Ehren des mitteldeutschen Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 errichtet. Der 17. Juni, der Tag der feierlichen Grundsteinlegung, ist im Staate New Hampshire zum „Tag der Freiheit“ erklärt worden.

Die Stadt Berlin am Fuß der Weißen Berge wurde wegen ihrer Namensgleichheit mit der ehemaligen deutschen Reichshauptstadt dazu ausersehen, Ort der Gedenkstätte zu werden. Der Gedanke, den 17. Juni auf diese Weise zu feiern, stammt von Nicholas de Rochefort, Professor an der Universität Washington. Für die Errichtung des Ehrenmals, das aus Granit hergestellt werden soll, will Rochefort in ganz Amerika eine Sammlung veranstalten.

Der Bürgermeister von Berlin (N. H.), Aime Tondreau, erklärte, die Proklamierung des „Tages der Freiheit“ und das geplante Denkmal seien mehr als nur eine vergängliche Geste. „Es ist der Anfang einer nationalen, ja vielleicht sogar einer weltweiten Bewegung in Würdigung jener, die kommunistischen Panzern ihre bloße Faust entgegengesetzten in der verzweifelten Anstrengung, ihre Freiheit wiederzugewinnen.“

Auch Michigan ehrt Juni-Opfer

Detroit, Michigan/USA (DPA). Nach dem amerikanischen Bundesstaat New Hampshire hat auch der Bundesstaat Michigan beschlossen, einen Gedenktag für den mitteldeutschen Juni-Aufstand einzuführen. Der Gouverneur von Michigan, Williams, proklamierte den Sonntag nach dem 17. Juni zum „Widerstandstag“.

Die Verteidiger als Ankläger

Berlin (DPA). Das oberste Sowjetzonen-Gericht verurteilte im Ostberliner Schauprozess den ehemaligen Mitarbeiter der Liga für Menschenrechte, Dr. Wolfgang Silgrat aus Charlottenburg, und den Flüchtling Wer-

ner Mangelsdorf aus Charlottenburg zu je 15 Jahren, den Angeklagten Hans Fuldner aus Wilmersdorf zu zehn und Horst Gassa aus Neukölln zu fünf Jahren Zuchthaus.

Melsheimer beschuldigte die Angeklagten in seinem Plädoyer, „Hauptorganisatoren des faschistischen Putschversuches vom 17. Juni 1953“ gewesen zu sein. Durch den Prozeß sei „die

Legende vom sogenannten Volksaufstand zerschlagen worden“.

Die vier Verteidiger betonten nach dem Bericht der sowjetzonalen Agentur ADN, für die Verbrechen ihrer Mandanten gebe es keine Rechtfertigung. Bei der Schwere ihrer Taten seien „Ergebnisse zugunsten der Angeklagten schwerlich zu erlangen“.

Berliner Freiheit in Bonn

Bonn (Eigenmeldung). Auf den Namen „Berliner Freiheit“ wird in Anwesenheit des Bundespräsidenten eine Straße an der Bonner Rheinpromenade umgetauft. Gleichzeitig sollen in dieser Straße Bäume gepflanzt werden, die ostdeutsche Namensschilder tragen.

DAS FEUER ERFASSTE DIE GANZE ZONE



Nur der Masseneinsatz sowjetischer Panzer rettete Ulbricht vor dem Zorn des Volkes. Diese Karte vermittelt ein eindrucksvolles Bild vom Umfang des Aufstandes am 17. Juni 1953.

SED ein Jahr im Neuen (Kon)kurs

Mangel und Ausbeutung bestimmen auch heute noch das Gesicht der Zone

In allen Großbetrieben der Sowjetzone finden dieser Tage Pflichtversammlungen anlässlich des ersten Jahrestages der Verkündung des „Neuen Kurses“ statt. Die SED hätte gern von diesem Thema Abstand genommen, stünde sie nicht zwei Wochen vor einer demagogischen „Volksbefragung“ und vor dem Jahrestag des 17. Juni 1953. Die SED legt größten agitatorischen Wert darauf, den Beginn jenes „Neuen Kurses“ unabhängig vom Juni-Aufstand zu diskutieren. Sie will und darf nicht zugeben, daß jene vorgebliche Kursänderung eine Folge des bereits heraufziehenden Volksaufstandes war. Wie aber ist die tatsächliche Entwicklung und was wurde aus diesem „Neuen Kurs“?

Anfang Juni 1953 kam es in zahlreichen Bezirken der Zone zu Streiks und Demonstrationen. Die Regierung hatte administrative Normenerhöhungen verfügt, die Versorgung war durch die forcierte „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ auf dem Stand von 1947 angelangt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Wut der Verzweiflung, die jeden Tag in Aufruhr unzuerschlagen drohte. Am 6. Juni kamen Mitglieder des sowjetischen Gewerkschaftsbundes nach Ostberlin, vom 7. bis 8. Juni tagten SED-Politbüro und Regierung in Permanenz und am 9. Juni verkündeten beide über ADN den seither erst zum Schlagwort und dann zum schlechten Witzwort abgedroschenen „Neuen Kurs“.

Betrug wurde sofort erkannt

Das mit der Erklärung verbundene wortreiche SED-Programm besaß außer nichtssagenden Versprechungen kaum politische oder ökonomische Realität. Es war einzig darauf abgezielt, die immer stärker werdende Empörung zu dämpfen. Am 16. Juni marschierten die Arbeiter der Stalinallee, am Nachmittag des gleichen Tages gab ADN die Abstoppung der Normenerhöhungen bekannt. Aber es war bereits zu spät, die Arbeiter hatten den Betrug erkannt. Am 17. Juni brach in der gesamten Zone der Aufstand los.

Nach seiner Niederschlagung durch die Sowjetarmee öffnete die SED die Lager der „Staatlichen Reserve“ und nahm ungeheure Kredite in den Ostblockstaaten auf. Bis zum Januar 1954 versuchte man, der Bevölkerung einen steigenden Lebensstandard vorzutäuschen. Nach der Berliner Konferenz

brach die Fassade zusammen, übrig blieb eine ungeheure, noch in diesem Jahr abzuzahlende Schuldenlast.

Bis zum 17. Juni 1953 hatte die SED versucht, unter Negation aller Bedürfnisse der Bevölkerung eine Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen und eine Armee aufzustellen, die der tschechischen und der polnischen an Mannschftsstärke und Bewaffnung ebenbürtig war. Der „Neue Kurs“ versprach eine Stagnation dieser Entwicklung, keine Abkehr von ihr. In Wirklichkeit aber wurde die Vopo-Armee sogar weiter ausgebaut, die Werbung ständig verstärkt.

Noch im Herbst vergangenen Jahres veröffentlichte die SED ein angeblich geändertes „neues Plandokument“, nach dem die Schwerindustrie zugunsten der Leichtindustrie und Gebrauchsgüter-Produktion gedrosselt werden sollte. Zahlreiche geflüchtete Wirtschaftsfunktionäre haben seither bestätigt, was offen zu erkennen war: Das „neue Plandokument“ stand wohl im SED-Zentralorgan, befand sich aber niemals in der Planungsabteilung eines sowjetzonalen VEB!

Wer die Reden des letzten SED-Parteitag aufmerksam verfolgte, konnte feststellen, daß man sich nicht einmal sonderlich bemühte, den Betrug noch zu tarnen. Die Produktion von Gebrauchsgütern, die den Lebensstandard heben könnte, ist heute weitgehend eine Sache außerhalb des Plans. Sogenannte „Massenbedarfsartikel“ werden aus Abfällen der Schwerindustrie und nicht in ausgelasteten Schichten produziert!

Der „Neue Kurs“ versprach auch höhere Löhne. Die Löhne sind durch die neuen, als „kol-

lektive Selbstverpflichtungen“ getarnten Normenerhöhungen vielfach gesunken. Um die Fleisch- und Fettversorgung ist es heute schlimmer bestellt als oft zuvor.

Und die Lebensmittelkarten, die im „Neuen Kurs“ wegfallen sollten? Von ihrem Fortfall ist keine Rede mehr. „Die Bevölkerung möchte sie behalten“, erklärt die SED, und die Hausfrau ist mächtlos gegen diesen Hohn!

Politische Freiheit, wie sie der „Neue Kurs“ bringen sollte? Eine der Hauptlosungen des 17. Juni waren Freie Wahlen. Nach der Viererkonferenz versprach die SED Wahlen. Aber was offerierte sie dem Menschen der Zone? Erst eine politisch völlig abwegige „Volksbefragung“, mit der sie ihre längst erlahmte Anti-EVG-Kampagne aufzumöbeln gedenkt, und im Herbst eine sogenannte „Blockwahl“, wie gehabt im Oktober 1950!

Über den „Neuen Kurs“, den es faktisch nie gegeben hat und der auch propagandistisch seit Monaten gestorben ist, muß die SED aus Gründen der Selbsterhaltung agitieren. Für die Bevölkerung ist es wichtig, zu wissen, daß dieser „Neue Kurs“ ein Produkt der Volksempörung ist, und daß sich jede — auch die kleinste und vielleicht nur vorgespiegelte — Kursänderung des kommunistischen Regimes nur bewirken läßt, indem man gegenüber seinen Vertretern eine feste Haltung zeigt.

Vopo-Werbung verstärkt

Berlin (DFA). Während die Jugend der Sowjetzone in Ostberlin gegen den „Militarismus“ demonstrieren mußte, sei die Rekrutierung junger Menschen für den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei verstärkt worden, erklärten Beamte der amerikanischen Oberkommission in Berlin.

Auf ähnlicher Basis wie bei der früheren Wehrmacht seien Bezirkswehrkommandos eingerichtet worden. Die Vorbereitungen erlaubten es, jederzeit die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

Störfeuer gegen Dokumentarfilm

Sowjets wollten Negativ zurückkaufen — Schauspieler erhalten Drohbriefe

München, im Juni. — In diesen Tagen läuft im ganzen Bundesgebiet der Dokumentarfilm „Die rote Linie“ an. Er wurde in München von einer Liechtensteiner Firma aus sowjetischen Originalaufnahmen, die von Flüchtlingen in den Westen geschmuggelt worden waren, zusammengestellt und mit einer Rahmenhandlung verknüpft. Zum erstenmal soll dem westdeutschen Kinobesucher mit diesem Streifen (Untertitel: „Vom Zarenreich bis Malenkow“) ein Blick hinter den Eisernen Vorhang und hinter die Kulissen des Kremel geboten werden.

Nicht minder interessant ist aber ein Blick hinter die Kulissen dieser Filmproduktion, die von Anfang an einem systematischen Störmanöver aus östlicher Richtung ausgesetzt war.

Es begann am 24. Februar beim Offiziellen Filmball in München, Mitproduzent Robert Philippi, der den Film in Weltvertrieb übernommen und bereits in 22 Staaten verkauft hat, wurde damals in einer Loge des Deutschen Theaters von einem maßgeblichen Mann der „Sow-export“, der staatlichen Filmverleihfirma in der Sowjetzone, um Verhandlungen über die Einstellung der Produktion oder den Rückkauf des Films ersucht. Philippi lehnte ab.

Märchenhafte Angebote

Sowjetzone und sowjetische Stellen versuchten aber auch weiterhin, mit der Produktions- und Vertriebsfirma in Kontakt zu kommen. Für das Originalnegativ wurden Summen bis zu einer Million Dollar geboten. Ähnliche Angebote erhielt der amerikanische Produzent Jules Buck, der den Streifen in den USA herausbringen will.

Doch alle diese Versuche blieben erfolglos. Nun begannen die Drohungen. Der ehemalige Sowjetgeneral Iwan Nikolaj Minischki, der als fachlicher Berater und Schauspieler an dem Film mitwirkte, war das erste Opfer. Der gebürtige Bulgare war bis 1939 General der GPU, fiel dann in Ungnade und kam in ein Zwangsarbeitslager nach Sibirien, von wo er 1942 entflohen konnte.

„Du Hund“, schrieb ihm zum Beispiel ein Anonymus. „wir werden dir schon zeigen, wie Verrat vergolten wird.“ Andere Briefe enthielten nur Zeitungsausschnitte mit Ankündigungen des Films, worin der Name Minischki rot unterstrichen und

mit Totenköpfen und Galgen verziert war. Die Drohbriefe stammten größtenteils aus hessischen Orten in der Nähe der Zonengrenze. Sie wurden inzwischen an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet.

Anonyme Zuschriften

Ähnliche anonyme Zuschriften erhielt der Berliner Schauspieler Ernst Konstantin, der in der Rahmenhandlung einen Sowjetoffizier spielt (wie schon in dem Carol-Reed-Film „Gefährlicher Urlaub“). Man versuchte sogar, ihn in den Ostsektor zu locken. In einem kleinen Münchener Atelier konnte der Film schließlich fertiggestellt werden.

Nun schaltete sich die kommunistische Presse ein. Fast alle westdeutschen KP-Zeitungen berichteten, wie auf ein Kommando, über den „Hetzfilm“ und warnten die Kinobesitzer vor einer Vorführung. Trotzdem fand der Film „Die rote Linie“, den der Verleih als „sensationsellsten Film der Nachkriegszeit“ anpries, überall interessierte Abnehmer.

„Der Film ist weder eine Hetze noch eine bewußte Propaganda“, erklärt der Verleih-Pressechef, „aber es ist klar,

daß einzelne Stellen eine massive Anklage darstellen.“ So etwa, wenn kilometerlange Massengräber gezeigt werden, in denen die Opfer der sowjetischen „Vorkriegssäuberung“ verscharrt wurden. Erstmals zeigt der Film auch Geheimaufnahmen aus sibirischen Arbeitslagern und Privatbilder von Josef Stalin, bei denen allerdings nicht immer gewiß ist, ob es sich nicht um einen Doppelgänger handelt, der dem russischen Kinopublikum als „echter Stalin“ serviert wurde.

Von der „anderen“ Seite

Um nicht in den Verdacht der Propaganda zu kommen, hatte Regisseur Richard Richardsen (hinter diesem Decknamen soll sich ein bekannter deutscher Regisseur verbergen) ursprünglich einen neutralen bis versöhnlichen Schluß vorgesehen. Nach den vielen Zwischenfällen aber hat man sich nun doch eines anderen besonnen. Den Film beschließen jetzt Szenen vom 17. Juni, die von der „anderen Seite“ aufgenommen wurden.

Torwart Riethof verurteilt

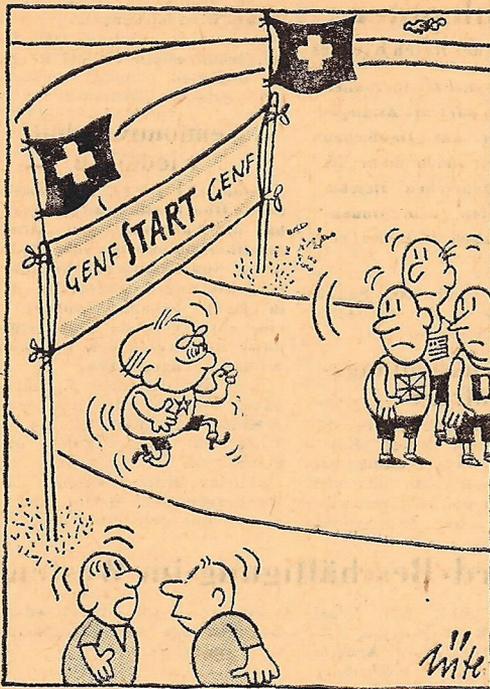
In Dresden wurde Werner Riethof, der einige Zeit Torwart bei Viktoria 89 war, zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Riethof war am 6. September 1953 in der S-Bahn eingeschlafen und bis in die Sowjetzone gefahren. Dort hatte man ihn verhaftet. Bevor er nach Westberlin kam, war Riethof bei der Volkspolizei.

Forschung für den Frieden

Wiesbaden (DPA/AP). Bundeskanzler Adenauer sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland auf dem Gebiet der kernphysikalischen Forschung bald einen Beitrag zum Segen der Menschheit und zur Wahrung des Friedens leisten könne. Auf der 5. Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft, an der auch Bundespräsident Heuss und der amerikanische Oberkommissar Conant teilnahmen, sagte der Kanzler, die kernphy-

sikalische Forschung sei keineswegs identisch mit der Schaffung atomarer Waffen, sondern sie habe eine große Zukunft für friedliche Zwecke.

Der für sechs Jahre wiedergewählte Präsident der Planck-Gesellschaft, Nobel-Preisträger Prof. Hahn, betonte in einer Pressekonferenz, daß alle Vorbereitungen für die Aufstellung eines kleinen Atommeilers im Bundesgebiet getroffen seien.



„Unerhörte Leistung der Sowjets, sechs Wochen Dauerlauf auf der Stelle“

Köpenick bei Wien

In Wien an der schönen blauen Donau hat das Beispiel des Hauptmanns von Köpenick an der Spree Schule gemacht. Auf einem Flugplatz nahe der österreichischen Hauptstadt nahmen mehrere Bauern in aller Ruhe ein kleines sowjetisches Flugzeug auseinander, verstaute die Einzelteile auf einem Pferdewagen und verkauften sie als Altmetall. In der Annahme, die Bauern handelten auf höheren Befehl, fragten die Sowjetposten nicht einmal: „Wo Dokument?“ Sicher hatten sie gerade einen Vortrag über Friedenspolitik gehört und glaubten, es handele sich um eine planmäßige Demontage im Zuge der Abrüstung.

Sie werden nun vergeblich

darauf warten, daß der Fraktion der Buntmetalldiebe eine Vertretung im „Weltfriedensrat“ eingeräumt wird. Statt dessen werden sie sich darüber belehren lassen müssen, daß die Parole „Vernichtung des Militarismus“ durchaus dialektisch zu betrachten ist. Vielleicht stehlen die Kulaken nächstens noch ein paar Stalinoergeln, um sie als Vogel-scheuchen zu benutzen.

Die mehr am Frieden als an der Dialektik interessierte Menschheit aber stellt mit Befriedigung fest, daß auf dem politischen Schachbrett mitunter die imponierendsten Figuren von ganz gewöhnlichen Bauern geschlagen werden.

Was sagt Otto Nuschke dazu

Die Direktion der HO-Gaststätten im Kreise Chemnitz/Land sandte kürzlich an alle Gaststättenleiter folgende „vertrauliche Dienstsache“:

„Nach einer Mitteilung der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises finden in der Zeit vom... bis... Straßensammlungen der Katholischen Kirche und in der Zeit vom... bis... der Evangelischen Kirche statt.

Da es sich in diesen Fällen lediglich um Straßensammlungen handelt wird es nicht gestattet, daß die Sammlungen in den Gaststätten vorgenommen werden. Sollte irgendwelcher Sammler in unseren Gaststätten auftreten, so ist diesem Sammler der Berechtigungsschein abzunehmen und selbiger der Direktion einzusenden.

Diese Angelegenheit bitten wir vertraulich zu behandeln, und wenn derartige Fälle auftreten, diese Maßnahme nicht vor den Gästen vorzunehmen, sondern in einem Ihrer Nebenräume.

Wir bitten, nicht groß die Kellner davon einzuweihen, sondern es sich lediglich melden zu lassen, wenn derartige Sammler auftreten, da das übrige dann von Ihnen selbst durchgeführt werden kann.

gez. Pietrzak, Direktor.“

Da in Auswirkung dieses Rundschreibens mehrere Konfliktsfälle entstanden sind, dürfte es interessant sein, was Herr Nuschke, in dessen Dienstbereich die kirchlichen Sammlungen doch wohl fallen, zu dieser Behinderung der Sammlertätigkeit gesagt hat.

Nach altem Gewohnheitsrecht können sich Straßensammlungen auch auf die Gaststätten erstrecken. Bei derartigen Sammlungen für kommunistische Zwecke geschieht das auch ohne weiteres. Ob Sammler, die in HO-Gaststätten gerieten, bestraft worden sind, ist nicht bekannt, wohl aber wurden Gaststättenleiter, die nicht einschritten, fristlos entlassen.

Solidarität der Studenten

Bonn (AP). An sämtlichen Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins sollen während einer „Solidaritätswoche“ Geldspenden, Lebensmittelpakete, Fachbücher und Medikamente für bedürftige und kranke Studenten der sowjetischen Besatzungszone gesammelt werden, die wegen ihrer politischen Haltung keine Unterstützung durch das kommunistische Regime zu erwarten haben.

Das Schicksal der Verschleppten

Als Zwangssiedler in der Sowjetunion — Bericht des Roten Kreuzes

Bonn (Eigenmeldung/DPA). Zahlreiche deutsche Zivilpersonen werden noch in der Sowjetunion in Straflagern oder als Zwangssiedler festgehalten. In dem Jahresbericht des Deutschen Roten Kreuzes heißt es, in der Nachkriegszeit seien mehr als 750 000 deutsche Zivilpersonen aus den ostdeutschen Reichsgebieten, den volksdeutschen Siedlungsgebieten, dem Donauraum und der sowjetischen Besatzungszone nach Rußland gebracht worden.

Etwa zwei Drittel der Verschleppten seien in den Lagern gestorben. Nur ein ganz geringer Teil der Überlebenden sei bisher zurückgekehrt. In einem gewissen Umfang werde den deutschen Zivilgefangenen aber neuerdings erlaubt, an ihre Angehörigen zu schreiben.

In den osteuropäischen Satellitenstaaten sind nach dem Bericht der DRK insgesamt etwa 31 133 Zivilgefangene festgestellt worden. Vor einem Jahr wurden davon 13 133 als lebend gemeldet. Die Zahl der Kriegsgefangenen, die regelmäßig aus der Sowjetunion schreiben,

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

wird mit 9794 angegeben. Außerdem hätten von rund 100 000 ehemaligen Wehrmachtangehörigen bis 1950 Lebenszeichen aus sowjetischer Gefangenschaft vorgelegen. Seitdem hätten sie sich nicht wieder gemeldet. Im vergangenen Jahr sind vom Roten Kreuz 68 500 Pakete an Kriegsgefangene und 5700 an Zivilgefangene in der Sowjet-

union sowie rund 7000 Pakete an Gefangene in der Tschechoslowakei geschickt worden.

265000 Aussiedlungs-Anträge

Bonn (DPA). Die Zahl der beim Deutschen Roten Kreuz registrierten Aussiedlungsanträge von Deutschen, die noch in Polen, den polnisch verwalteten Gebieten, der Tschechoslo-

Rekord-Beschäftigung im Westen

Nürnberg (AP). Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, Scheuble, erklärte auf einer Pressekonferenz, es sei zu erwarten, daß im kommenden Sommer die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik die 16-Millionen-Grenze überschreiten und die Arbeitslosigkeit unter 900 000 fallen werde. In manchen Bundesländern, so z. B. in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und in Teilen Bayerns und Hessens, sei bereits ein Zustand der theoretischen Vollbeschäftigung eingetreten.

Der Bundesanstalt sei auch nicht mehr daran gelegen, deutsche Arbeitskräfte in das Ausland zu vermitteln, da in manchen Berufsweigen bereits ein Facharbeitermangel spürbar sei. Eine erhöhte Nachfrage sei

wakei, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien zurückgehalten werden, beträgt rund 265 000. Davon leben allein 175 000 in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Gebieten.

Semjonow lehnt wieder ab

Bonn (AP/DPA). Der sowjetische Oberkommissar Semjonow hat die Vorschläge der Alliierten Oberkommission vom 24. Mai über innerdeutsche Verkehrs-erleichterungen abgelehnt. Wie in Bonn bekannt wurde, ist eine entsprechende Note Semjonows den westlichen Oberkommissaren zugegangen.

Seit der Berliner Konferenz haben die Westalliierten bereits dreimal in Noten an die Sowjets die Beseitigung aller Schranken im Personen- und Handelsverkehr zwischen der Bundesrepublik, Berlin und der Sowjetzone gefordert.

besonders in verschiedenen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie.

Borgwardwerk in Argentinien

Bremen (AP). Die Bremer Borgwardwerke haben mit argentinischen Wirtschaftskreisen einen Vertrag über die Errichtung eines Zweigwerkes in Buenos Aires abgeschlossen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwachet wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.